



AMTSGERICHT KLEVE

BESCHLUSS

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Freitag, 09.08.2024, 9.30 Uhr,
im Amtsgericht, Schloßberg 1 (Schwanenburg), 47533 Kleve,
Saal D 100**

das im Wohnungsgrundbuch von Emmerich Blatt 4381 eingetragene
Wohnungseigentum

Grundbuchbezeichnung:

79/1000 (neunundsiebzig/tausendstel) Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Emmerich, Flur 18, Flurstück 601, Gebäude- und Freifläche, Kaßstraße 31, groß: 281 m², verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 5 bezeichneten Wohnung, gelegen im 2. Obergeschoss, nebst zugehörigen Kellerraum, der ebenfalls mit der Kennziffer Nr. 5 bezeichnet ist.

versteigert werden.

Bei dem Versteigerungsobjekt handelt es sich um eine Eigentumswohnung. Die Wohnung befindet sich in einem Wohn- und Geschäftshaus mit insgesamt 10 Einheiten, gelegen an der Fußgängerzone der Stadt Emmerich. Baujahr ca. 1954. Wohnfläche ca. 55m². Es war im Rahmen der Verkehrswertbegutachtung keine Innenbesichtigung möglich.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 09.10.2023 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG auf 50.300,00 EUR festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Kleve, 24.04.2024